

Postgasse 68
3000 Bern 8
Telefon 031 633 75 91
Telefax 031 633 75 97
kommunikation@be.ch
www.be.ch

Bern, 27. Oktober 2008

(ckr) (::odma)pdodocs/docssta(309094/1)

Medienrohstoff (Ergänzungen zum Communiqué sind gerahmt und schattiert)

Aktuelle Finanzsituation

Regierung will Neuverschuldung verhindern und setzt für 2008 ein ausserordentliches steuerpolitisches Signal

Wegen der möglichen Folgen der Finanzmarktkrise hat der Regierungsrat des Kantons Bern die finanz- und steuerpolitische Planung für die Jahre 2009–2012 neu beurteilt. Er hat für den Budgetvollzug 2009 eine Eventualplanung eingeleitet. Aufgrund der Situation Mitte Oktober rechnet die Regierung mit einer Abschwächung der Konjunktur. Die für das laufende Jahr erwarteten hohen Ertragsüberschüsse lassen hingegen zwei vertrauensbildende Massnahmen zu: Die Regierung beantragt dem Grossen Rat für 2008 einen einmaligen generellen Steuerrabatt und eine rückwirkende Lohnerhöhung für das Kantonspersonal. Damit wird erreicht, dass die Steuerzahler am Ertragsüberschuss teilhaben und die Kaufkraft der Kantonsangestellten erhalten bleibt. Die Kantonsregierung lehnt hingegen die beiden parlamentarischen Vorstösse für Steuersenkungen in den Jahren 2009 und 2010 ab, da der damit verbundene Ertragsausfall nicht finanziert ist und die Regierung die Gefahr einer Neuverschuldung nicht zusätzlich erhöhen will. Der Kanton wird vielmehr im ersten Halbjahr 2009 die Vorlage für eine Steuergesetzesrevision 2011 mit gezielten Entlastungen in die Vernehmlassung schicken.



Mit der Analyse der Finanz- und der Volkswirtschaftsdirektion über die Auswirkungen der Finanzmarktkrise auf den Kanton Bern hat sich der Regierungsrat des Kantons Bern eine erste Übersicht über die möglichen Folgen der aktuellen Entwicklung verschafft. Im Vordergrund stand die Frage, inwieweit sich die Finanzmarktkrise und die drohende Abschwächung der Konjunktur auf die Wirtschaft sowie die kantonale Finanzplanung auswirken.

Die Analyse des Regierungsrats umfasste folgende vier Teilgebiete:

Konjunktur und Wirtschaft: Sämtliche vom Kanton Bern konsultierten Konjunkturforschungsinstitute haben die Wachstumsprognosen für das kommende Jahr im Vergleich zum Juli dieses Jahres reduziert und gehen derzeit für 2009 von einem realen Wachstum zwischen 0,2 und 1,3 % aus. Aufgrund der Rückmeldungen aus Fachkreisen sind in der Berner Wirtschaft erste Zeichen der konjunkturellen Abschwächung spürbar. Diese werden mit wenigen Ausnahmen als nicht gravierend bezeichnet, auch wenn der immer stärkere Franken den Export weiter erschwert. Die Berner Banken bezeichnen ihre eigene Situation als solide. Generell ist es noch zu früh, um die Auswirkungen verlässlich zu beurteilen. Es ist aber mit einem leichten Anstieg der Arbeitslosigkeit zu rechnen. Aufgrund der Berner Wirtschaftsstruktur geht die Regierung mit einem abgeschwächten Wachstum aus. Ein eigentlicher Konjunkturereinbruch ist gemäss heutigem Stand jedoch nicht zu erwarten, kann aber nicht ausgeschlossen werden. Der Kanton Bern wird mit den im Budget vorgesehenen höheren Nettoinvestitionen in den Hochwasserschutz, den öffentlichen Verkehr und den Strassenbau die Konjunktur unterstützen. Er erwartet, dass der Bund seine Beiträge für die gemeinsam mit dem Kanton finanzierten Projekte ebenfalls in geplantem Umfang und zum vorgesehenen Zeitpunkt zur Verfügung stellt.

Zusatzinformationen zur Konjunktur

Die nachstehende Beurteilung basiert u.a. auf den Prognosen der führenden Konjunkturforschungsstellen für das Wirtschaftswachstum (BIP) und die Teuerung im Jahr 2009:

	Stand Juli 08 (in Prozent)	Aktuellste Schätzungen (in Prozent)
<i>Wirtschaftswachstum CH</i>	1.3 - 2.0	0.2 - 1.3
SECO	1.3	1.3
BAK	2	0.7
UBS	1.4	0,2
CS	1.6	1
KOF/ETH	1.8	0.3
<i>Wirtschaftswachstum Kt. Bern (BAK)</i>	1.6	0,7
<i>Teuerung</i>	1.3 - 1.4	1.3 - 1.5

Für das kommende Jahr wird für die Schweiz mit einem **abgeschwächten Wachstum** gerechnet, wobei ein massiver Konjunktüreinbruch als **wenig wahrscheinlich** gilt. Allerdings sind die **Risiken** für die Schweizer Wirtschaft angesichts der unsicheren realwirtschaftlichen Entwicklung in der EU und den USA, der ungünstigen Wechselkursentwicklung sowie den anhaltenden Turbulenzen an den internationalen Finanzmärkten **gestiegen**. Die Prognosen sind deshalb mit einer erhöhten **Unsicherheit behaftet**. Von einer Rezession (im 4. Quartal 2008 und 1. Quartal 2009) geht derzeit nur gerade eine (KOF/ETH) der führenden Konjunkturforschungsstellen aus.

Im September 2008 betrug die **Arbeitslosenquote** in der Schweiz unverändert 2.4 Prozent (Kanton Bern: 1.6 Prozent). Für das kommende Jahr erwarten die Prognoseinstitute eine **Stabilisierung oder eine leichte Zunahme**. Das SECO beispielsweise rechnet für die Schweiz mit einer Arbeitslosenquote von 2.7 Prozent, das BAK mit 2.5 Prozent (Stand: September 2008). Für den Kanton Bern liegen normalerweise keine Prognosen für die Arbeitslosenquote vor. Sie liegt jedoch in der Regel um ca. 1 Prozentpunkt unter der Quote der Gesamtschweiz.

Aufgrund der **sinkenden Energie- und Rohwarenpreise** bewegt sich die Teuerung im kommenden Jahr im Rahmen der Preisstabilität. Dies eröffnet der Schweizerischen Nationalbank Handlungsspielraum für **Zinssenkungen**.

Erste Anzeichen von Folgen der Finanzmarktkrise auf die Berner Wirtschaft sind gemäss den Wirtschaftsverbänden bereits aufgetreten. Diese sind jedoch – mit geringen Ausnahmen – nicht als schwerwiegend zu bezeichnen. Zum jetzigen Zeitpunkt ist es jedoch – weil noch nicht möglich - **verfrüht**, eine **verlässliche Beurteilung** der Auswirkungen vorzunehmen.

Die Beurteilungen der Banken **bestätigen** das von den Wirtschaftsverbänden gezeichnete Bild zur **Gesamteinschätzung** für den Kanton Bern. Die Lage für die Banken im Kanton Bern selber dürfte zurzeit als stabil und im internationalen Vergleich als solide bezeichnet werden. Der Finanzsektor ist im Kanton Bern vor allem auf das klassische Retail-Geschäft und nicht auf das Investment-Banking ausgerichtet. Durch die geringere Bedeutung des Finanzsektors wirkt sich die Finanzmarktkrise in diesem Bereich weniger auf die Volkswirtschaft und namentlich auf die Beschäftigungslage des Kantons Bern aus. Die wirtschaftliche Entwicklung im Kanton Bern hängt in hohem Masse von der schweizerischen und der inter-

nationalen ab. In einer offenen, stark vernetzten Volkswirtschaft ist der Handlungsspielraum des Kantons begrenzt.

Das am Donnerstag, 16. Oktober 2008 vom Bund verabschiedete Massnahmenpaket zur Stützung des Finanzmarktes in der Schweiz wird durch die Konferenz der kantonalen Finanzdirektorinnen und Finanzdirektoren unterstützt. Nach einer ersten Einschätzung des Regierungsrates hat das Massnahmenpaket des Bundes im Moment keine Auswirkungen auf den Kanton Bern. Der Regierungsrat ist sich aber der Risiken des Massnahmenpakets für den Bund und indirekt auch für die Kantone bewusst.

Pensionskassen: Die Kurseinbrüche auf den internationalen Finanzmärkten haben sich unmittelbar auf den Deckungsgrad der Pensionskassen ausgewirkt. Der Regierungsrat geht davon aus, dass sich die finanzielle Situation der Bernischen Pensionskasse mit dem Steigen der Kurse der an der Börse kotierten Wertpapiere wieder verbessern wird und die momentan geringe Unterdeckung somit vorübergehend ist. Die aktuellen Verwerfungen auf den Finanzmärkten verzögern allerdings die Sanierung der Bernischen Lehrerversicherungskasse. Der Regierungsrat plant zum heutigen Zeitpunkt keine Sofortmassnahmen bei den beiden Kassen.

Zinsen: Aufgrund der nach wie vor hohen Schuldenlast des Kantons ist die Zinsentwicklung von grosser Bedeutung. So hat der Kanton für das kommende Jahr CHF 184 Mio. für den Zinsaufwand budgetiert. Die Zinsentwicklung lässt sich im Moment nicht klar abschätzen, auch wenn der Trend im Moment eher nach unten zeigt. Die gute Schuldnerqualität des Kantons sollte gute Abschlüsse ermöglichen. Nach Auffassung der Regierung lässt sich die Entwicklung heute aber zuwenig genau abschätzen, um den budgetierten Zinssatz im Budget 2009 und im Aufgaben- und Finanzplan 2010–2012 anzupassen.

Steuerertragsprognosen:

Die Veränderungen auf den Finanzmärkten und das damit verbundene tiefere Wachstum des Bruttoinlandprodukts könnten sich gegenüber dem vom Regierungsrat verabschiedeten Budget von August 2008 mit einem Minderertrag von bis zu CHF 85 Mio. bereits auf die budgetierten Steuereinnahmen für das Jahr 2009 auswirken. Derzeit geht die Regierung davon aus, dass die Mindererträge gegenüber der Planung bis auf CHF 334 Mio. pro Jahr (2011) ansteigen könnten. Ein solches Szenario hätte zur Folge, dass sich der Kanton in den Jahren 2009–2012 insgesamt um rund CHF 400 Mio. zusätzlich verschulden würde. Die Planung vom vergangenen August ging noch von einem Schuldenabbau von rund CHF 500 Mio. in diesem Planungszeitraum aus. Bei den neuen Prognosen handelt es sich allerdings um eine Momentaufnahme, welche aufgrund der Finanzmarktkrise auch die verminderten Wertschriftenvermögen und -erträge per Mitte Oktober widerspiegelt.

Da – wie die letzten Wochen zeigen – rasch grosse Schwankungen nicht nur nach unten, sondern auch nach oben eintreten können, hat der Regierungsrat beschlossen, das Ende August 2008 verabschiedete Budget 2009 zum jetzigen Zeitpunkt nicht anzupassen. Die Regierung will sich jedoch auf die Situation vorbereiten, dass sich die Steuerertragsausfälle bestätigen könnten und diese ab dem Jahr 2009 ganz oder teilweise aufgefangen werden müssten. Deshalb hat sie die Finanzdirektion beauftragt, in enger Zusammenarbeit mit den anderen Direktionen eine Eventualplanung für den Budgetvollzug 2009 vorzubereiten. Falls nötig soll diese es Anfang 2009 ermöglichen, den Budgetvollzug rasch auf die aktuelle Lage auf den Finanzmärkten und die Konjunkturlage abzustimmen.

Unverändert bleibt vorerst auch die Finanzplanung 2010–2012, weil diese Zahlen eng mit der konjunkturellen Entwicklung verknüpft sind. Da die Auswirkungen der Finanzkrise auf die Konjunktur heute noch nicht zuverlässig beurteilt werden können, will der Regierungsrat mit dem Überarbeiten der Mittelfristplanung noch zuwarten. Er wird diese aber in jedem Fall im kommenden Frühjahr an die Hand nehmen.

Zusatzinformationen zum Steuerertrag

Der Regierungsrat hat aufgrund der schlechteren konjunkturellen Aussichten per 15. Oktober 2008 eine Aktualisierung der Steuerertragsprognosen für das Voranschlagsjahr 2009 sowie die Finanzplanjahre 2010-2012 vorgenommen.

Die aktualisierte Steuerertragsprognose basiert auf den Erfahrungswerten der Steuererträge vergangener Jahre, den Steuerertragseingängen 2008 sowie verschiedenen volkswirtschaftlichen Parametern (u.a. BIP-Wachstum und Teuerung). In Bezug auf die volkswirtschaftlichen Parameter ist darauf hinzuweisen, dass derzeit im Hinblick auf das BIP-Wachstum eine **längerfristige Prognose** über dessen **Verlauf** nur unter äusserst unsicheren Vorzeichen vorgenommen werden kann.

Im Kontext der Berechnung der Steuererträge sowie der aktuellen Konjunkturprognosen gilt es für den Kanton Bern speziell zu beachten, dass der öffentliche Sektor überdurchschnittlich vertreten ist. Der diesbezügliche Nachteil des unterdurchschnittlichen Wachstums während den Boomjahren (der Verwaltungssektor bremst) bringt in Phasen der konjunkturellen Abschwächung auch einen gewissen Vorteil (der Verwaltungssektor stabilisiert). Weiter beträgt der Anteil der juristischen Personen **am Steuerertrag** im Kanton Bern nur rund **15 Prozent**. Dieser Anteil ist relativ klein und beeinflusst den Gesamtsteuerertrag - auch bei einem konjunkturell bedingten Einbruch - nicht massiv.

Die nachstehende Tabelle zeigt die Auswirkungen der aktualisierten Steuerertragsprognose auf den Finanzierungssaldo per 15. Oktober 2008 im Vergleich zum Finanzierungssaldo des am 27. August 2008 durch den Regierungsrat verabschiedeten Voranschlags 2009 und Aufgaben-/Finanzplans 2010-2012. Der Finanzierungssaldo ist die relevante Grösse, um die Veränderung der Schulden prognostizieren zu können. Dabei sind die allfälligen Auswirkungen der **politischen Vorstösse** betreffend Steuersenkungen («Steuerrabatt 2009», «Senkung Steueranlage ab 2010») **nicht berücksichtigt**.

Auswirkungen der aktualisierten Steuerertragsprognose auf den Finanzierungssaldo

in Millionen CHF	Voranschlag	Aufgaben-/Finanzplan		
	2009	2010	2011	2012
Finanzierungssaldo 27.8.2008	61	120	161	151
Aktualisierung der Steuerertragsprognose	-85	-191	-334	-287
Finanzierungssaldo 15.10.2008	-24	-72	¹⁾ -172	-136
Schuldenzunahme Total		-405		
Schuldenzunahme pro Jahr		-101		

¹⁾ Der Ausgleich der kalten Progression in der Höhe von CHF 90 Millionen ist in dieser Berechnung im Jahr 2011 vorgesehen.

2009:

Für den **Voranschlag 2009** wird in der aktualisierten Prognose per 15. Oktober 2008 infolge der zurückgenommenen Wachstumsprognosen von einem **Minderertrag** in der Höhe von rund CHF 85 Millionen gegenüber den im Voranschlag 2009 vorgesehenen Steuererträgen ausgegangen.

Diese begründen sich wie folgt:

- Aufgrund der verschlechterten konjunkturellen Aussichten muss bei den **Kapital- und Gewinnsteuern der Juristischen Personen** von einem **geringeren Wachstum** als bisher angenommen ausgegangen werden. Die Steuerverwaltung geht davon aus, dass mit dem teilweisen Eingang der Steuererklärungen 2008 im ersten Halbjahr 2009 bereits ein Teil der Ratenrechnungen 2009 tiefer ausfallen wird.

- Das **Wachstum** der **Vermögenssteuern** bei den **natürlichen Personen** wurde aufgrund des erwarteten Einbruchs bei den Wertschriftenvermögen 2008 ebenfalls **nach unten korrigiert**.

Das **Wachstum der Einkommenssteuern** bei den natürlichen Personen wurde den aktuellen Wachstumsprognosen angepasst, was einem **Minderertrag** von **CHF 60 Millionen** entspricht. Obwohl sich die Einkommenssteuern in erster Linie aus Lohnbestandteilen zusammensetzen, ist im Jahr **2009** bereits mit einem **Rückgang** bei den **Vermögenserträgen** und bei den **selbstständigen Einkommen** zu rechnen

2010 bis 2011:

Für das Jahr **2010** wird ein **massiv schlechteres Resultat** als im verabschiedeten Finanzplan prognostiziert (minus CHF 191 Millionen). **Ab** dem Jahr **2011** ist mit einem erheblichen **Minderertrag** gegenüber dem am 27. August 2008 durch den Regierungsrat verabschiedeten Finanzplan zu rechnen. Der Minderertrag im Vergleich zu den Finanzplanjahren 2010 und 2012 ist zum Teil allerdings auch mit dem vorzeitigen Ausgleich der kalten Progression zu erklären. Der Ausgleich erfolgt voraussichtlich bereits per 2011 statt wie ursprünglich angenommen erst im Jahr 2012. Für das Jahr **2012** resultiert ein **Minderertrag** im Vergleich zum verabschiedeten Finanzplan von CHF 287 Millionen oder 5.5 Prozent.

Im Vergleich zum Voranschlag 2009 und Aufgaben-/Finanzplan 2010-2012 **nehmen** die **Schulden pro Jahr** um **durchschnittlich** rund **CHF 100 Millionen** zu, anstatt gemäss den Zielen um diesen Betrag abzunehmen. Allerdings wirken sich die verschlechterten konjunkturellen Aussichten erst in den Finanzplanjahren 2011 sowie 2012 sehr negativ aus. Im Finanzplanjahr 2011 sind wie bereits erwähnt die Auswirkungen des Ausgleichs der kalten Progression enthalten. Angesichts der sehr **unsicheren Aussichten** – gerade für die Finanzplanjahre 2011 und 2012 – ist es im Moment nicht möglich, längerfristig verlässliche Prognosen anzustellen.

Vorbereitung einer Eventualplanung

Die vorstehenden Ausführungen zeigen, dass sich die **finanzpolitische Ausgangslage** des Kantons Bern innert weniger Wochen zum Teil **deutlich verändert** hat. Gemäss der Aktualisierung der Steuerertragsprognosen per Mitte Oktober 2008 werden sich die Auswirkungen der Finanzmarktkrise in erheblichen Mass auch in den **Steuererträgen** des Kantons Bern niederschlagen.

Aus diesem Grund hat der Regierungsrat beschlossen, für das Jahr 2009 eine Eventualplanung vorzubereiten. Falls nötig soll diese es Anfang 2009 ermöglichen, im Budgetvollzug 2009 Mindereinnahmen bei den Steuern ganz oder teilweise durch reduzierte Ausgaben aufzufangen. Aus Sicht des Regierungsrates geht es bei der Eventualplanung für den Budgetvollzug 2009 in erster Linie darum, eine **Schuldenzunahme** zu **vermeiden** und damit die verfassungsmässigen **Vorgaben** der **Schuldenbremse** für die **Investitionsrechnung** zu **erfüllen**.

Es muss davon ausgegangen werden, dass die Lage an den internationalen Finanzmärkten noch während Tagen, eventuell Wochen und Monaten volatil bleibt und **verlässliche Prognosen kaum möglich** sind. Vor diesem Hintergrund drängen sich aus Sicht des Regierungsrates für das Budget 2009 **kurzfristig keine Korrekturmassnahmen** auf.

Der Regierungsrat wird die **Entwicklung** auf dem Finanzmarkt und die Auswirkungen auf die Steuererträge und die Passivzinsen laufend **beobachten** und analysieren. Er wird gestützt auf die weiteren Entwicklungen auf dem Finanzmarkt und die Ergebnisse der Haushaltsdebatte in der Novembersession 2008 bis spätestens Ende Januar 2009 eine weitere Lagebeurteilung hinsichtlich allfällig zu erwartenden Abweichungen von der vorstehend erwähnten finanzpolitischen Zielsetzung (Schuldenzunahme im Jahr 2009 verhindern) vornehmen.

Falls angezeigt, wird der Regierungsrat im Anschluss an seine Lagebeurteilung die Verwaltung mit **Kürzungsvorgaben** für den Vollzug des Budgets 2009 beauftragen.

Regierung will noch dieses Jahr ein Zeichen für Steuerzahler und Personal setzen

Laut der Ende August präsentierten Hochrechnung wird der Kanton Bern mit einem Überschuss von CHF 400 Mio. deutlich besser abschliessen als der budgetierte Überschuss von 100 Mio. Franken. Auch für den Schuldenabbau werden deutlich mehr Mittel zur Verfügung stehen. Die Auswirkungen der Finanzmarktkrise werden sich erst ab 2009 negativ auf die Steuererträge auswirken. Der Regierungsrat schlägt dem Grossen Rat deshalb in der Novembersession vor, wie er den 2008 sich abzeichnenden zusätzlichen finanziellen Handlungsspielraum im Sinne einer gezielten, einmaligen Aktion nutzen möchte. Er beantragt dem Grossen Rat im Sinne einer Widererwägung, die von ihm im November 2007 mit dem Budget 2008 beschlossene Steueranlage für das laufende Jahr um 0,10 Einheiten zu reduzieren. Diese Steuersenkung wäre auf das laufende Jahr befristet und würde die bernischen Steuerzahler um rund CHF 140 Mio. entlasten. Diese Mittel würden den privaten Haushalten und den Unternehmen so erhalten bleiben. Dies ist gerade in der heute schwierigen wirtschaftspolitischen Ausgangslage ein wichtiges Zeichen.

Der Regierungsrat hat bereits darauf hingewiesen, dass das Lohnsummenwachstum des Staatspersonals mit der aktuellen Teuerung nicht Schritt halten kann. Aus diesem Grund hat der Regierungsrat beschlossen, noch im laufenden Jahr für das Personal eine Lohnerhöhung von 0,5 Prozent vorzusehen – und zwar rückwirkend auf den 1. Juli 2008. Diese Massnahme führt im laufenden Jahr zu Zusatzkosten von knapp CHF 30 Mio. und soll mithelfen, dass dem Personal die Kaufkraft erhalten werden kann. Wenn der Grosse Rat dem Antrag des Regierungsrats zustimmt, wird der Betrag – je nach Ergebnis der noch zu klärenden abrechnungstechnischen Voraussetzungen – voraussichtlich im Januar 2009 ausbezahlt.

Die beiden zusätzlichen Massnahmen belasten die Rechnung 2008 mit rund CHF 170 Mio. Franken. Dennoch ist nach heutiger Einschätzung das Schuldenabbauziel des Regierungsrates nicht gefährdet: Der Finanzierungssaldo liegt mit CHF 180 Mio. immer noch deutlich über dem Zielwert von CHF 100 Mio. Franken.

Nächste Steuersenkungen 2011 – Gesetzesrevision wird vorbereitet

Der Regierungsrat erachtet es als sehr wichtig, die steuerpolitische Wettbewerbssituation des Kantons Bern zu verbessern. Doch die auf der Basis der guten Rechnungsabschlüsse der letzten Jahre eingereichten Vorstösse für einen Steuerrabatt 2009 (Motion Brand) und für die Senkung der Steueranlage ab 2010 (Auftrag Kohler) stehen aus Sicht der Regierung im Widerspruch zu den aktuellen Konjunkturaussichten. Der Regierungsrat lehnt die beiden nicht finanzierten parlamentarischen Vorstösse ab, da sie den Staatshaushalt bei unsicheren Konjunkturaussichten zusätzlich ganz erheblich belasten und den Kanton zurück in die Schuldenwirtschaft drücken könnten. Bei Annahme der eingereichten Vorstösse unter der gegebenen neuen finanzpolitischen Ausgangslage würden die Schulden des Kantons Bern in den nächsten vier Jahren um insgesamt knapp CHF 1 Milliarde ansteigen (basierend auf den aktualisierten Steuerertragsprognosen Mitte Oktober 2008). Damit würden die Vorgaben der im Februar 2008 vom Berner Volk beschlossenen Schuldenbremse für die Investitionsrechnung auch ohne die erheblich verschlechterten konjunkturellen Aussichten bereits im ersten Jahr ihrer Anwendung ohne Not verletzt. Dies ist für den Regierungsrat ein inakzeptables Szenarium.

Beim Auftrag Kohler, welcher eine Anlagesenkung für das Jahr 2010 beantragt, ist der Regierungsrat bereit, dem Parlament im Planungsprozess 2010 bis 2013 Handlungsmöglichkeiten und die finanziellen Konsequenzen aufzuzeigen, um einen definitiven Entscheid im November 2009 zu ermöglichen.

Dass im Kanton Bern bei den Steuern Handlungsbedarf besteht, ist für die Regierung unbestritten. Sie plant, im ersten Halbjahr 2009 eine Steuergesetzesrevision per 2011 in die Vernehmlassung zu geben. Die gezielte, nicht nach dem Giesskannenprinzip konzipierte Revision soll unter anderem die kalte Progression ausgleichen, das Existenzminimum von Steuern teilweise befreien, den Beteiligungsabzug lockern sowie die Besteuerung von Liquidationsgewinnen mildern. Allerdings ist diese Gesetzesrevision immer unter dem Vorbehalt der weiteren Entwicklung der Konjunktur voranzutreiben.

Zusatzinformationen zur Steuerpolitik

Die nachstehende Tabelle zeigt die Auswirkungen der steuerpolitischen Vorstösse «Steuerrabatt 2009» und «Senkung Steueranlage ab 2010» auf den Finanzierungssaldo des am 27. August 2008 durch den Regierungsrat verabschiedeten Voranschlags 2009 und Aufgaben-/Finanzplans 2010-2012.

Auswirkungen der steuerpolitischen Vorstösse «Steuerrabatt 2009» und «Senkung Steueranlage per 2010» auf den Finanzierungssaldo

in Millionen CHF	Voranschlag 2009	Aufgaben-/Finanzplan		
		2010	2011	2012
Finanzierungssaldo 27.8.2008	61	120	161	¹⁾ 151
Motion «Steuerrabatt 2009»	-150			
Auftrag «Senkung Steueranlage per 2010»		-150	-155	-160
Finanzierungssaldo neu	-89	-30	6	-9
Schuldenzunahme Total		-122		
Schuldenzunahme pro Jahr		-31		

¹⁾ Der Ausgleich der kalten Progression in der Höhe von CHF 90 Millionen ist in dieser Berechnung im Jahr 2012 vorgesehen.

Unter Berücksichtigung eines Steuerrabattes für das Jahr 2009 sowie einer Senkung der Steueranlage um 0.10 Einheiten ab 2010 wachsen die Schulden im Planungshorizont um rund CHF 30 Millionen pro Jahr an. Mit diesem Ergebnis würden die verfassungsmässigen **Vorgaben** der **Schuldenbremse** für die Investitionsrechnung **verfehlt** (positiver Finanzierungssaldo im Durchschnitt der Planjahre).

In diesem Zusammenhang gilt es zu berücksichtigen, dass der Aufgaben-/Finanzplan für die Jahre 2010 bis 2012 ein Lohnsummenwachstum von lediglich 1,0 Prozent berücksichtigt. Weiter sind in der vorliegenden Planung die erheblichen Zusatzbelastungen als Folge der KVG-Revision auf Bundesebene von geschätzten CHF 256 Millionen ab dem Jahr 2012 noch nicht enthalten.

Werden die finanziellen Auswirkungen der steuerpolitischen Vorstösse zusätzlich in Verbindung zu der als Folge der Finanzmarktkrise per Mitte Oktober 2008 vorgenommenen Aktualisierung der Steuerertragsprognosen gebracht, so nehmen die Schulden sowohl im Voranschlagsjahr 2009 wie auch in den Finanzplanjahren 2010-2012 massiv zu:

«Kumulierte» Auswirkungen der aktualisierten Steuerertragsprognosen sowie der steuerpolitischen Vorstösse «Steuerrabatt 2009» und «Senkung Steueranlage per 2010» auf den Finanzierungssaldo

in Millionen CHF	Voranschlag 2009	Aufgaben-/Finanzplan		
		2010	2011	2012
Finanzierungssaldo 27.8.2008	61	120	161	151
Aktualisierung der Steuerertragsprognosen	-85	-191	-334	-287
Motion «Steuerrabatt 2009»	-150			
Auftrag «Senkung Steueranlage per 2010»		-150	-155	-160
Finanzierungssaldo neu	-174	-221	¹⁾ -328	-296
Schuldenzunahme Total		-1019		
Schuldenzunahme pro Jahr		-255		

¹⁾ Der Ausgleich der kalten Progression in der Höhe von CHF 90 Millionen ist in dieser Berechnung im Jahr 2011 vorgesehen.

Die vorstehende Tabelle zeigt eindrücklich die **drückend negativen Auswirkungen** der beiden steuerpolitischen Vorstösse «Steuerrabatt 2009» und «Senkung Steueranlage per 2010» auf den Finanzierungssaldo mit den als Folge der Finanzmarktkrise per Mitte Oktober 2008 aktualisierten Steuerertragsprognosen. Bei Annahme der beiden Vorstösse unter der gegebe-

nen neuen finanzpolitischen Ausgangslage (Stand Mitte Oktober 2008) würden die **Schulden** des Kantons Bern in den nächsten vier Jahren um insgesamt knapp über **CHF 1 Milliarde ansteigen**, ein für den Regierungsrat **inakzeptables Szenarium**.

Die Annahme der beiden steuerpolitischen Vorstösse wäre aus Sicht des Regierungsrates eine **klare Abkehr vom bisherigen Legislaturziel**, die zuverlässige und stabile Finanzpolitik mit einer Fortführung des Schuldenabbaus fortzusetzen. Diese Zielsetzung wurde bisher auch vom Grossen Rat bei verschiedenen Gelegenheiten bestätigt, letztmals in der Novembersession 2007.

Eine **aktiv geplante Neuverschuldung** in der Grössenordnung von CHF 1 Milliarde

- wäre ein **standortpolitisch** denkbar schlechtes politisches Signal
- würde von der Bevölkerung **nicht verstanden**
- bedeutete angesichts dieser enormen Summe eine **grundsätzliche Abkehr** von der bisherigen stabilen und verlässlichen Finanzpolitik.

Der Regierungsrat vertritt die klare Auffassung, dass eine **Neuverschuldung** grundsätzlich **nicht aktiv geplant bzw. in Kauf genommen** werden soll, wenn die Ursachen dafür beispielsweise personal- oder steuerpolitisch bedingte Mehrausgaben sind, welche vom Kanton beeinflusst werden können. Eine Neuverschuldung sollte nur akzeptiert werden, wenn sich diese aus einer konjunkturell bedingten negativen Gesamtentwicklung ergibt, welche der Kanton Bern nicht beeinflussen kann.

Eine **Sistierung** des Schuldenabbaus kann für den Regierungsrat dann allenfalls in Frage kommen, wenn mit Sicherheit davon ausgegangen werden kann, dass diese **nur kurz und vorübergehend** erfolgt. Angesichts der bereits vor der Finanzmarktkrise nur sehr schwer mittel- und langfristig berechenbaren äusseren Entwicklungen und Rahmenbedingungen erscheint auch diese Option dem Regierungsrat für den «Normalfall» kaum eine gangbare Perspektive zu sein. Denn die Zahl und das Volumen der aktuellen finanzpolitischen Risiken und Unwägbarkeiten sind derzeit viel zu hoch, um ein mittel- und langfristig verlässliches finanzpolitisches Szenarium zu planen.

Abschliessend erinnert der Regierungsrat daran, dass der **Voranschlag 2009** bereits **spürbare Steuerentlastungen** aus der Steuergesetzrevision 2008 enthält.

Mit den heute bekannt gegebenen Entscheiden bekräftigt der Regierungsrat seine bisherige stabile und verlässliche Finanzpolitik und setzt in Zeiten der Verunsicherung ein finanzpolitisches Signal, indem er die Finanzkraft der Steuerzahler und des Staatspersonals stärkt. Er erbringt damit auch den Tatbeweis, der er bereit ist, in aussergewöhnlichen Lagen adäquat zu reagieren.